



## PRESSEMITTEILUNG

### **Finanzierungslücke: Neue Pflegeausbildung in Bremen gefährdet**

Krankenhäuser, Pflegeheime, -dienste und -schulen warnen vor Verlust eines ganzen Ausbildungsjahrgangs

**Die reformierte Pflegeausbildung, die der Kranken- und Altenpflege den dringend benötigten beruflichen Nachwuchs bringen soll, kann in Bremen zum geplanten Start im Jahr 2020 möglicherweise nicht eingeführt werden, weil die Finanzierung nicht gesichert ist. Die Kostenträger (Krankenkassen und Land Bremen) verweigern bisher den Ausgleich der Kosten, die den Ausbildungsträgern (Pflegesschulen, Krankenhäusern, Pflegediensten und -heimen) für die Auszubildenden entstehen. Kommt es zeitnah zu keiner Einigung, könnte der nächste Ausbildungsjahrgang gefährdet sein.**

Die Trägerorganisationen der Pflegeausbildung (Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen/HBKG, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste/bpa, LandesArbeitsGemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege/LAG, Arbeitsgemeinschaft Ambulante Pflege/AGAP) schlagen in einem Schreiben an die Senatorinnen und Deputierten für Gesundheit und Soziales sowie an die Vorsitzenden der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien jetzt Alarm: Trotz intensiv geführter Verhandlungen über die Finanzierung der reformierten Pflegeausbildung und trotz großer Kompromissbereitschaft der Ausbildungsträger konnte bisher keine Einigung mit den Kostenträgern, den Krankenkassen und dem Land Bremen, erzielt werden.

#### **Neue Pflegeausbildung deutlich komplexer**

Ab dem Jahr 2020 sind die drei bisher getrennten Ausbildungen Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege in der neuen, generalistischen Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann zusammengefasst. Staatlich geprüfte Pflegefachfrauen und -männer können künftig in allen drei Bereichen arbeiten; dies soll die Flexibilität des Berufsbilds und die Durchlässigkeit zwischen den Einsatzbereichen erhöhen. „Die neue, generalistische Pflegeausbildung ist jedoch deutlich komplexer als die bisherigen, da die Pflegeschulen und Ausbildungsbetriebe der bisher getrennten Bereiche nun zusammengeführt und koordiniert werden müssen“, erläutert Sylvia Gerking, Geschäftsführerin der LandesArbeitsGemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen. „So werden Pflegeschülerinnen und -schüler künftig in jedem Gebiet einen umfangreichen Teil ihrer praktischen Ausbildung absolvieren und Pflegeschulen Lehrstoff aus allen Pflegebereichen unterrichten.“

### **Land Bremen setzt hohe Qualitätsstandards**

All dies bringt erhebliche administrative, logistische und praktische Umstellungen mit sich, die zusätzliches Personal für die Koordination sowie eine Nachqualifizierung von Praxisanleiterinnen und -anleitern erfordern. Dazu kommt, dass das Land Bremen für die Umsetzung der reformierten Pflegeausbildung hohe Qualitätsstandards einfordert. Bremen und Bremerhaven sollen auch in Zukunft attraktiv für Pflegeberufe und die Ausbildung sein, so der öffentlich geäußerte politische Wille.

### **Bundesweit niedrigste Vergütungspauschale für Ausbildungsbetriebe**

„Diesem hohen Anspruch der Landespolitik steht jedoch diametral entgegen, dass die Kostenträger den Ausbildungsbetrieben die bundesweit niedrigste Vergütungspauschale für den praktischen Teil der Berufsausbildung anbieten“, berichtet Johanna Kaste, Landesbeauftragte Bremen des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste. „Zusätzlich soll diese völlig unzureichende Pauschale um weitere zwölf Prozent für die Langzeitpflege und für die ambulante Pflege abgesenkt werden.“ Gerade in der ambulanten Pflege seien die Ausbildungskapazitäten jedoch sehr begrenzt und würden bei einer derart schlechten Vergütung weiter zurückgehen. In Niedersachsen hingegen erhalten ambulante und Langzeit-Pflegeeinrichtungen Zuschläge auf die Pauschale, um die Schaffung von Ausbildungsplätzen zu fördern. Mit den in Bremen geplanten Abschlägen wäre eine Ausbildung kaum zu gewährleisten und eine Abwanderung vorprogrammiert.

### **Auch Pflegeschulen unzureichend finanziert**

Neben der bislang völlig ungelösten Finanzierungsfrage der praktischen Ausbildung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ist auch die Finanzierung der Pflegeschulen noch unklar. Für die Schulen strebt das Land ein Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1 zu 15 an – das ist die bundesweit höchste Anforderung. Um dies zu erreichen, müssten ein Drittel mehr Lehrkräfte eingestellt werden und die Vergütungspauschalen für Pflegeschulen 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegen. Das letzte Angebot des Landes ging hier jedoch nicht über den Bundesdurchschnitt hinaus. Darüber hinaus sind für den Ausbau der Schulen und die Modernisierung der Ausstattung in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen durch das Land Bremen notwendig, doch auch hierzu gibt es bis heute keine verlässlichen Aussagen oder Festlegungen der Landespolitik.

### **Deutliche Ausweitung der Schulkapazitäten notwendig**

Die Interessengemeinschaft aus Krankenhausgesellschaft und Trägern der Pflegeeinrichtungen stimmt mit der Landespolitik überein, dass Bremen angesichts der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels eine deutliche Ausweitung der Ausbildungskapazitäten braucht. Wenn jetzt beim Einstieg in die generalistische Ausbildung den Pflegeschulen und Ausbildungsbetrieben jedoch große finanzielle Risiken drohten, sei nicht nur der Ausbau, sondern sogar der aktuelle Bestand der Ausbildungsplätze gefährdet.

### **Zeit für die Umsetzung wird immer knapper**

Uwe Zimmer, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen: „Angesichts der nur noch kurzen verbleibenden Zeit bis zum Start 2020 befürchten wir, dass die Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung scheitert, weil immer noch unklar ist, von welchen finanziellen Rahmenbedingungen unsere Schulen und Ausbildungsbetriebe ausgehen können.“ Dr. Klaus Vosteen von der

Arbeitsgemeinschaft Ambulanter Pflege warnt vor den Folgen der ungelösten Finanzierungsfrage: „Statt der Einführung der neuen Pflegeausbildung auf höchstem Qualitätsniveau droht nun der Verlust eines ganzen Ausbildungsjahrgangs. Wir appellieren daher dringend an das Land Bremen, seine bisherige Position als Kostenträger zu überdenken und mit seinen hohen Qualitätsanforderungen an die neue Pflegeausbildung in Einklang zu bringen.“

**Kontakt:**

Uwe Zimmer, Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen (HBKG)  
0421 / 24 10 20 – [zimmer@hbkg.de](mailto:zimmer@hbkg.de)

Sylvia Gerking, LandesArbeitsGemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen (LAG) 0421 / 46 29 44 0 – [s.gerking@sozialag.de](mailto:s.gerking@sozialag.de)

Johanna Kaste, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa)  
0421 / 68 54 41 75 – [kaste@bpa.de](mailto:kaste@bpa.de)

Dr. Klaus Vosteen, Arbeitsgemeinschaft Ambulante Pflege (AGAP)  
0421 / 70 00 55 – [K.Vosteen@zpf.de](mailto:K.Vosteen@zpf.de)

*Die Interessengemeinschaft hat sich zusammengefunden, um die bisherigen Krankenpflegeschulen und Altenpflegeschulen im Land Bremen mit über 1.300 Schulplätzen an 13 Standorten in Bremen und Bremerhaven in den Verhandlungen mit dem Land und den Kostenträgern einheitlich zu vertreten.*

*Sie vertritt darüber hinaus nahezu alle zukünftigen Ausbildungsbetriebe für die generalistische Pflegeausbildung – also die Krankenhäuser, die stationären Pflegeeinrichtungen und die ambulanten Pflegedienste im Land Bremen.*